

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

Tagblattkiosk

Schalter-Schule geöffnet von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.
Postleitzettel: Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Wöchentlich



12 Ausgaben.

Gerruf:

Tagblattkiosk Nr. 6658-52.

Von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntags.
Postleitzettel: Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Beigabenpreis: Deutsche Anzeigen Mf. 1.25, auswärtige Anzeigen Mf. 1.50, östliche Zeitungen Mf. 5,-, auswärtige Zeitungen Mf. 7,- für die einsame Kolonialzeit oder deren Raum. — Bei wiederholter Aufnahme unveränderter Anzeigen entsprechender Nachschlag. — Schluß der Anzeigen-Ablaufnahme für beide Ausgaben: 10 Uhr vormittags. — Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Städten wird keine Gewähr übernommen.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin NW. 40, Fürst Bismarckstraße 2. Fernsprecher: Amt Hanja 1371-1373.

Dienstag, 3. August 1920.

Morgen-Ausgabe.

Nr. 357. • 68. Jahrgang.

Die Reform des gewerblichen Schlichtungswesens.

Von Gustav Hartmann, Verbandsvorsitzender der deutschen Gewerbevereine (Hirsch-Dunker).

Der Krieg hat auch auf dem Gebiet des gewerblichen Schlichtungswesens Änderungen notwendig gemacht, die eine Verbesserung und zeitgemäße Ausgestaltung des Schlichtungswesens zur Folge haben müssen. Im Dezember 1916 ist das Hilfsdienstgesetz unter der Zustimmung aller mitschaffenden Arbeiterorganisationen geschaffen worden, dessen Zweck ursprünglich nur auf die restlose und unbehinderte Ausübung der menschlichen Arbeitskraft gerichtet war, um das Hindenburg-Programm ausführen zu können. Die organisierte Arbeiterschaft hätte sich jedoch mit diesem Gesetz nicht einverstanden erklären können, wenn nicht auf das Drängen ihrer berufenen Führer auch gewisse Garantien in das Gesetz hineingekommen wären, die den Arbeitern die Möglichkeit boten, ihre berechtigten Wünsche und Forderungen entsprechend zur Geltung kommen zu lassen. Schon beim Ausbruch des Kriegs verzögerten alle Arbeiterorganisationen ohne Unterlaß ihrer Richtung den Standpunkt, daß angefischt der Kriegslage von Streitbewegungen Abstand genommen werden müsse, und sie haben diesen Standpunkt für die ganze Dauer des Kriegs auch aufrecht erhalten. Als dann das Hilfsdienstgesetz im ersten Entwurf vorgelegt und dieser Entwurf nur in ganz gedrängter Frist von den Bürgern der Arbeiter sprach, ohne deren Rechte genügend zu berücksichtigen, verlangten die Arbeiter, daß ihnen durch dieses Gesetz auch eine Sicherung ihrer berechtigten Ansprüche durch zweckdienliche Schlichtungs- und Einigungsanstaltungen gegeben werden müsse. Der Erfolg war u. a. die Schaffung von Schlichtungsstellen für den Bereich der Bezirkskommandos. Diese Schlichtungsstellen sind dann nach dem Ausbruch der Revolution durch die Verordnung der Volksbeauftragten vom 23. Dezember 1918 in die Friedenszeit hinübergeleitet worden und haben heute noch Geltung.

Dennoch die Art ihres Aufbaus, ihre Zusammensetzung und ihre Aufgaben bedürfen mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage des ganzen Landes einer Umgestaltung, die vom Reichsarbeitsministerium vorgenommen worden ist und deren Ergebnis nun in dem "Gesetzentwurf einer Schlichtungsordnung" vorliegt. Es ist selbstverständlich ganz unmöglich, diesen Gesetzentwurf, der aus 274 Paragraphen besteht, an dieser Stelle auf Einzelheiten einer Prüfung zu unterziehen, zumal er dem Reichstag noch nicht vorgelegt ist, sondern nur als Grundlage zur Vorberatung mit Vertretern der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände dienen soll. Veranlaßung zu dieser gesetzgeberischen Vorarbeit sind die außerordentlich schwierigen Verhältnisse, unter denen unsere ganze Wirtschaft leidet, die außerdem noch besondere Schädigungen durch Streiks unterworfen ist, bei deren Einleitung die allgemeinen gewerblichen Grundzüge vielfach mißachtet werden, und die dadurch das Streitrecht zu einem Streitkunrecht verzerren. Das Interesse der Arbeiter selbst macht die Wiederherstellung geordneter Zustände auf dem Gebiet der Arbeits- und Lohnkämpfe erforderlich, denn unter den wilden Streiks, die ironianisch oft nur veranlaßt durch vereinzelte Krieger und Mauaufsteher entstehen, leidet nicht nur unsere Wirtschaft an sich, sondern ganz besonders auch die Arbeiter selbst, die aus der Unruhe nicht herauskommen und deren größerer Teil, auch der vernünftigere und besonnenere Teil, die es hier endlos Spiel der Zerstörung hatt hat. Es kann selbstverständlich nicht die Rede davon sein, das geistig gewohnte Streitrecht der Arbeiter zu befeitigen. Das würde die Arbeiterschaft unter keinen Umständen bieten lassen, und sie hat die Macht dazu, einen solchen Vorstoß restlos abzuwehren. Darauf kommt es in dem Gesetzentwurf einer Schlichtungsordnung aber auch nicht an, sondern die Abfertigung klar hervor, den längst anerkannten gewerblichen Grundzügen zu ihrem Recht zu verhelfen, das Streitrecht vor missbräuchlicher Anwendung zu schützen, und damit die Möglichkeit zu schaffen, auf dem Wege der Gleichberechtigung und der Vereinbarung eine Regelung der Arbeitsverhältnisse durchzuführen.

In einer ganzen Anzahl von Tarifverträgen sind bereits Bestimmungen enthalten, die darauf abzielen, daß in einem Streit nicht eingetreten werden darf, wenn die durch den Tarifvertrag vorgesehenen Schlichtungsanstaltungen ergebnislos durchlaufen sind. Eine solche Bestimmung ist in dem Kabinettsrat für die rheinisch-westfälische Eisen- und Stahlindustrie enthalten, für die Transvaalarbeiter in laufmännischen Detaileinsätzen in Hamburg, für das Handels-, Transport- und Verkehrsamt in Berlin für das Post- und Telegraphenamt, für die Hüttenindustrie, für das Dachdeckerhandwerk, das Tischengewerbe, die feinwerktechnische Industrie und viele andere. Diese bisher auf dem Wege der Vereinbarung getroffenen Bestimmungen sollen nun in der Schlichtungsordnung "verankert" werden. Der jetzt gedruckt vorliegende Gesetzentwurf enthält im zweiten Abdruck des § 103 folgende Fassung:

Die Anwendung des Schlichtungsausschusses muß ergebnislos von Arbeitgeberseite, wenn eine Ausprägung von Arbeitnehmerseite, wenn eine Arbeitseinstellung beobachtet wird. Ausprägungen und Arbeitseinstellungen sind unzulässig, bevor der Schlichtungsausschuss angerufen und entweder eine Einigung zustande gekommen oder ein Schiedspruch gefällt ist.

Gegen diese Bestimmung wenden sich die Unabhängigen Sozialdemokraten und ihre sonstige Gesellschaft, die hierin eine Befreiung des Streitrechts zu sehen glauben. Davor kann jedoch keine Rede sein, sondern diese Bestimmung liegt unzweckmäßig nichts anderes, wie in den oben bezeichneten Tarifverträgen bereits festgelegt ist. Und wenn auf dem Wege des freiwilligen Übereinkommens derartige Abschaffungen getroffen sind, kann man doch nicht annehmen, daß die vertragsschließenden Arbeiterorganisationen damit ihr Streitrecht auf alle Fälle preisgegeben wollen. Das, was der Gesetzentwurf will, ist nichts anderes wie eine Überleitung bisheriger privater Vereinbarungen in die gesetz-

liche Form und damit ihre allgemeine Gültigkeit- und Rechtsverlängerung.

Abnurh verhält es sich auch mit der Bestimmung im § 155 des Gesetzentwurfs, wonach beim Verlagen der Einigungsverhandlungen um ein Streik erst begonnen werden darf, wenn er in geheimer Abstimmung mit Zweidrittelmehrheit beschlossen worden ist. Auch das entspricht den bisherigen gewerbliechen erprobten Grundzügen, die allerdings die überzonalen Kapitalistenteile nicht gelten lassen wollen. Genau läuft sich über diese Dinge streiten, aber die umfangreiche Schlichtungsordnung wäre gar nicht notwendig, wenn statt der Leidenschaft die Vernunft an erster Stelle stände.

Man braucht auch keineswegs alle Bestimmungen dieses Gesetzentwurfs reisst als gut betrachten, aber er bildet eine Grundlage, die unter dem Ministerium des Sozialdemokratischen Schicksals geschaffen worden ist und auf der sich voraussichtlich ein brauchbares Gesetz aufbauen läßt. Dabei werden manche Vorrichtungen noch eingehender Erwähnung und auch der Änderungen bedürfen. Wir denken dabei u. a. an die Strafvorschriften, an die Kostendeckung bei vereinbarten Schlichtungsstellen, an die u. E. nicht richtige Bestimmung, wonach die Verbindlichkeitserklärung eines Schiedsentsuchs durch die Verwaltungsbehörde erfolgen soll statt durch die Schlichtungsstelle selbst u. a. m.

Das den Herren von der äußersten Linken ein solches Gesetz nicht paßt, ist nicht zu verwundern. Bei ihnen kommt es nicht auf die Wiederherstellung geordneter Zustände an, sondern lediglich auf Agitationsmittel und auf die Verhinderung der brutalen Gewalt, die vor den eigenen Klassengenossen nicht halt macht. Die Notwendigkeit einer Reform des Schlichtungswesens liegt vor, und es ist unweigerlich besser für unser Volk, wenn Ordnung geschaffen wird, damit wir unser Leben einigermaßen wieder froh werden können. Zum Volk gehören doch wohl auch die Arbeiter, oder wollen die Vertreter der äußersten Linken die Arbeiter von der Gesamtheit des Volkes absondern?

Dr. Simons über den deutsch-österreichischen Zusammenschluß.

Dr. Wien, 2. Aug. Die R. Dr. Br. veröffentlicht eine Unterredung mit dem deutschen Außenminister Dr. Simons, der in Bezug auf die Meldepflicht, wonach die Londoner soziale Friedenskonferenz, auf der die Ostfronten zur Behandlung kommen sollen, ohne Verzögerung Deutschlands abzuhängen werden sollte, erklärte: Wenn diese Nachricht richtig ist, so ist es sehr erstaunlich, daß England stimmt, daß über alle die armen Provinzen, die zwischen Russland und Deutschland zu regeln sind, ohne Verzögerung Deutschlands entschieden werden soll.

Im Verlauf der Unterredung kam der Minister auch auf den Zusammenschluß von Deutschland und Österreich zu sprechen und erklärte, die Gewalt, welche Österreich durch die ungarische Krise und die Befreiungskriege nach Herstellung einer Donau-Habsburger bedrohte, sei nur durch ein Mittel zu bannen, nämlich durch Festhalten an dem Grundsatz, daß es zur einer natürlichen und rechtmäßigen Lösung der deutschen Krise reche, das sei der föderalistische Zusammenschluß aller deutschen Stämme in Deutschland und Österreich. Auch dieser Gedanke werde und müsse einmal zur Wirklichkeit werden, ebenso wie der Gedanke, daß Deutschland und Russland durch die künftigen wirtschaftlichen Interessen aufeinander angewiesen seien.

Graf Bernstorff über den Völkerbund.

Dr. München, 2. Aug. Die in München erscheinende demokratische "Süddeutsche Presse" veröffentlicht in ihrer Nr. 20 vom 31. Juli einen Artikel des früheren Botschafters Grafen Bernstorff über Deutschland und den Völkerbund. Graf Bernstorff führt darin aus, daß das Streben nach einem wahren Völkerbund für Deutschland die einzige Rechtsnärrigkeit bietet und daß eine anders gerichtete deutsche auswärtige Politik seinerzeit Ausicht auf Erfolg habe. Man dürfe nicht, wie früher, lediglich national empfinden, sondern müsse auch ein internationales Gefühl haben. Trotz aller Mängel ist der Völkerbund zum erstenmal in der Weltgeschichte volitile Wirklichkeit geworden. Der Völkerbund, welchen der Königsberger Philosoph Kant als deutsches Projekt geprägt und als Menschheitsideal gefordert hat, Graf Bernstorff hält es für die Aufgabe der deutschen anständigen Politik, den Kampf für den Völkerbundsgedanken da aufzunehmen, wo Willen ihn keinen Händen entziehen ließ. Die deutsche auswärtige Politik muß eine Politik der Ideen und der militärischen Kraft sein. Der Völkerbund muß eine internationale Weltwirtschaft organisieren, in die Deutschland einfließen wird, weil unsere durch den Friedensvertrag geförderte Lebensfähigkeit auf anderem Wege nicht gesichert werden kann. Die Idee der wirtschaftlichen Gemeinschaft der ganzen Menschheit und der Ausdehnung des freien Verkehrs zwischen allen Völkern der Erde muß die Wirtschaftspolitik des Völkerbundes bestimmen.

Die Grenzseitigung in Oberschlesien.

W. T. B. Notiz, 2. Aug. Die R. Oberschles. Zts. meldet: Die Polizeidirektionen in Breslau hat über die Grenzüberschreitung zwischen der Tschecho-Slowakei, dem Galizien und dem öberschlesischen Abstimmungsgebiet eine neue Entscheidung getroffen, daß die Grenze die die polnisch-tschecho-slowakische Grenzfeuerkunstkommission festlegte, bis zur Beendigung der Abstimmung als Grenze zwischen der Tschecho-Slowakei und Oberschlesien gilt. Wird das öberschlesische Abstimmungsgebiet durch die Abstimmung polnisch, dann ist die Grenze erdaßlicht. Bleibt das Abstimmungsgebiet deutsch, so wird nochmals in die Prüfung der Grenzüberschreitung einzutreten werden. Die Entscheidung bedeutet, daß die Ortsbürgermeister, Landau und Norden vorläufig bis zur Beendigung der Abstimmung unter tschecho-slowakische Verwaltung kommen. Das Reichsministerium des Auswärtigen in Berlin wird an den Entschluss protestieren. Die Gemeindesprecher der drei Gemeinden begegnen sich zum Vorstand der Interalliierten Kommission, General Verord. und bat um Abänderung der Entscheidung.

Eine neue Krise wegen der Amnestiefrage?

Br. Berlin, 2. August. (Eig. Drahtbericht.) Die Klärung in der Amnestiefrage, von der eine Zentrums-Parlamentskonferenz gestern sprach, ist leider noch nicht erreicht. Die Dinge haben sich vielmehr einseitig recht unerfreulich zugespielt. Es handelt sich nicht mehr um den üblichen Theaterlärm der "Freiheit", vielmehr haben, wie uns bestätigt wird, Unabhängige sowohl wie Mehrheitssozialdemokraten ganz offen angekündigt, daß sie, falls die Amnestiefrage nicht nach ihren Wünschen erledigt wird, die Verabschiedung des Notvertrags zu verhindern entschlossen sind. In diesem Falle würden auch die Deutschenationalen mit ihnen zusammen operieren und wir hätten dann eine neue Krise, den Sturz des Kabinetts. Es liegt auf der Hand, daß, nachdem wir in diesen letzten Tagen soviel Schwieres überwunden haben und über uns ergehen haben lassen müssen, eine Regierungskrise aus solchem Anlaß schlechthin ungewöhnlich wäre. Zudem hat im Augenblick keiner ein rechtes Interesse an der Belebung des Kabinetts und deshalb hofft man in unterrichteten Kreisen, daß die Wetterwölfe wieder verfliegen werden und der Reichstag morgen in die Ferien wird gehen können.

Die Entwaffnungsvorlage.

Ausschüsseberatungen.

Br. Berlin, 2. Aug. (Eig. Drahtbericht.) Die Vorlage über die Entwaffnung der Bevölkerung ist am gestrigen Sonntag einem beladenen Ausschuß übergeben worden und in einer nahezu achtstündigen Sitzung durchgearbeitet worden. Bis auf die Bestimmungen über die Beauftragung des parlamentarischen Beirats, der einem mit militärischen Beauftragten ausgestatteten Reichskommissar für die Entwaffnung beigegeben werden soll, die Vorlage vom Ausschuß erledigt worden. Über die Beauftragung des parlamentarischen Beirats entstand eine ausgedehnte Debatte. Das Kabinett hatte beantragt, daß der Reichskommissar das Einverständnis des parlamentarischen Beirats bei den grundsätzlichen Ausführungsbestimmungen einholen und auch bei grundlegenden Maßnahmen die Beirat anzu hören habe. In dringender Absicht kann der Reichskommissar allerdings unbedingt eine Ausführungsbestimmung selbstständig erlassen. Diese sind alsdann dem parlamentarischen Beirat vorzulegen. Über diesen Antrag des Zentrums, der zwischen dem Standpunkt der Rechten und der Linken vermittelnd soll, ist vorläufig noch keine Entscheidung gefallen. Sie ist heute mittag zu erwarten. Was die im Gesetz vorgesehene Hilfesetzung bei der Entwaffnung durch die Reichswehr betrifft, so haben die Unabhängigen diese Bestimmung abgelehnt. Es wurde aber ein Antrag angenommen, wonach der Reichskommissar berechtigt ist, wenn die polnischen Maßnahmen zur Durchführung der Waffenlieferung nicht ausreichen, die Reichswehr um Hilfe zu erufen. Die Reichswehr bedarf aber der Zustimmung der Reichstagskammer. An den Beisitzberatungen der Reichswehr wird dadurch nichts geändert. Für diesen Antrag stimmten auch die Mehrheitssozialisten. Was die Version des Reichskommissars an militärischen Kreisen genommen werden soll.

Zwangswirtschaft und Kartoffelversorgung.

Br. Berlin, 2. August. (Eig. Drahtbericht.) Der Reichstagsausschuß für Volkswirtschaft verhandelte heute die Kartoffelwirtschaft. Ernährungsminister Hermes gab einen ausführlichen Überblick über den Stand der Angelegenheit. Die Entscheidung über die Aushebung der Zwangswirtschaft wird erst nach Rücksprache des Ausschusses mit den Fraktionen erfolgen.

Auslösung der Brigade Lüderitz.

Br. Berlin, 2. August. (Eig. Drahtbericht.) Infolge der Verminderung des Heeres wird die Reichswehrbrigade Lüderitz in den Tagen vom 2. bis zum 12. August aufgelöst.

Eine Massendemonstration der Pazifisten in Berlin.

Br. Berlin, 2. Aug. (Eig. Drahtbericht.) Am gestrigen Abend der Kriegserklärungen veranstalteten die Pazifisten eine Massendemonstration im Volkshaus als einen Protest gegen neue Kriege. Im Anschluß daran wurde ein Demonstrationszug veranlaßt, um den aus der Kriegsschiffen, zum Teil in Wagen und Krankenwagen, teilnahmen.

Der Generalstreik in Jitau.

Br. Berlin, 2. August. (Eig. Drahtbericht.) In Jitau und Umgebung ist nach Mitteilungen der dortigen Polizeidirektion der Generalstreik ausgebrochen, den ein aus 15 Unabhängigen bestehender Ausschuß proklamiert hatte. Heute mußten auch alle Geschäfte schließen. Der Ausschuß war an diejenigen Geschäftsinhaber, die sich weigerten, gewaltsam zur Schließung ihrer Geschäfte. Auch das Gas- und Elektrizitätswerk hat die Arbeit eingestellt. Die Forderungen der Unabhängigen laufen hinaus auf eine Entwaffnung der Sicherheitspolizei und die Abgabe der Waffen an die Arbeiter.

Die Präsidentschaftswahlen in den Vereinigten Staaten.

Aus New York wird uns geschrieben: Mehr als alles andere nehmen im Amerika augenscheinlich die Präsidentschaftswahlen das Interesse der Allgemeinheit im Anspruch. Die Auskünfte der einzelnen Kandidaten bilden das Tagesgespräch und werden aufs Lebhafteste erörtert. Eine echt amerikanische, großzügige Propaganda wird von den einzelnen Kandidaten entfaltet, denn diese scheinen sich gerade von ihrer Wirkung vieles, wenn nicht alles für einen Erfolg bei der Wahl zu verpreisen. Zu dieser Auffassung besteht auch aller Unrat, denn wie eine vom "Wall Street Journal" veröffentlichte Statistik ergibt, ist mit Ausnahme des Jahres 1910, wo Wilson gewählt wurde, keiner der Kandidaten, der am meisten für Propaganda aussaß, in das Weiße Haus als Präsident der Vereinigten Staaten eingezogen. Wenn natürlich auch der von den einzelnen Kandidaten angelegte Propaganda-Fonds nicht der einzige ausschlaggebende Faktor für die Wahl gewesen ist, so hat er sie doch mindestens erheblich beeinflusst, und ein Zusammenspiel zwischen dem angelegten Fonds und dem Wahlkreiswahl ist unverstetbar. Was für Riesensummen die Amerikaner bei den Präsidentschaftswahlen ausgeben, mag die Tatsache beweisen, daß bei der Präsidentschaftswahl im Jahre 1896 für die Durchführung McKinley's 165 Millionen Dollar ausgeworben wurden. Die Beziehung zwischen dem Wahlkonto und dem Verhältnis der auf eine Stimme vereinigten Wahlmänner hinzuht ist und ist helleinsichtlich ohne inneren Zusammenhang. So konnte im Jahre 1890 der Kandidat Tilden, ohne besondere Ausgaben zu machen, 72 Wahlmänner auf seine Stimme vereinigen, während in demselben Jahre der Kandidat Douglass nur 12 Wahlmänner bei einer Ausgabe von 50 000 Dollar erhielt. Andererseits gab im Jahre 1896 McKinley 165 Millionen Dollar aus, um 271 Wahlmänner für sich zu gewinnen, während Tilden, der nur 9,7 Millionen ausgab, 176 Stimmen auf sich vereinigen konnte. Die Durchschnittsdaten für die Erlangung einer Wahlstimme betrugen in den letzten 60 Jahren etwa 8000 Dollar und für die Erlangung einer obliegenden Stimme etwa 10 000 Dollar. Die Kosten haben sich im Laufe der Zeit jedoch gefallen und betrugen in den letzten 40 Jahren für die gewöhnliche Wahlstimme 15 500 Dollar und für die obliegende Stimme 14 000 Dollar. Im Jahre 1916 hat Hughes 2012 535 Dollar für Propagandazwecke ausgegeben, trotzdem aber ist Wilson, der "nur" 1 400 229 Dollar ausgegeben hatte, als Sieger in das Weiße Haus eingezogen.

Erklärungen des ungarischen Ministerpräsidenten.

W. T. B. Budapest, 2. Aug. (Drohbericht.) In der Nationalversammlung erklärte der Ministerpräsident Graf Telti, Ungarn verlange die Hälfte Europas nicht als Anteil, sondern im gemeinsamen Interesse Europas. Zur Durchführung des Friedensvertrags fordere Ungarn die Sicherung seines wirtschaftlichen Fortschritts. Die wirtschaftlichen Verhandlungen würden sowohl mit den ehemals feindlichen als auch mit den neutralen und verbündeten Staaten geführt. Die Unabhängigkeit und die Macht Ungarns würde die beste Gewähr für die Blüte der Nationalitäten bilden. Unauflässige Elemente würden in der Armee zur Arbeit ohne Waffen angedroht werden. Die Unzulässigkeit werden von den zuständigen Behörden auf höchster Grundlage festgestellt. Gegen die Arbeiterschaft sei die Regierung niemals aggressiv gewesen, sie erwarte die Mitwirkung der Arbeiter in der sozialen Arbeit, vertrübe sich aber gegen eine staatsfeindliche internationale Tendenz. Die Erklärungen des Ministerpräsidenten wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Die englisch-französische Anleihe bei Amerika.

Paris, 2. Aug. Nach einer Meldung der "Chicago Tribune" aus New York wird England am 15. Oktober die Hälfte der französisch-englischen Anleihe von 500 Millionen Dollar zu sichern. So daß die gesamte Forderung der Vereinigten Staaten auf England übergehe.

Die russische Frage im englischen Unterhaus.

Paris, 2. Aug. Im qualifizierten Unterhaus wird heute eine Debatte über die russische Frage eröffnet, wobei einige Abgeordnete werden, wie der Londoner Korrespondent des "Bettl. Börsen" meint, an den Minister des Auswärtigen die Frage richten, ob er mit den Ansichten Churchills einverstanden sei.

Eine englische Note über die Gefangenen in Palästina.

Amsterdam, 31. Juli. Nach einer Meldung der "Central News" hat die englische Regierung am 29. Juli eine neue Note nach Moskau gesandt, die die Freilassung der englischen Gefangenen in Palästina verlangt. Die englische Regierung weigert sich die Entschuldigung der Räte des Unterhauses, sie hätte keine Macht über jenes Gebiet, anzunehmen.

(2. Fortsetzung.)

Raubzug verboten.

Das Haus mit den Engeln.

Roman von Emma Haubold-Merl.

Wenn er seit dem Herbst bei Jadors stumpfsinnig, wie lebensmatt und teilnahmslos vor sich hingebürtet hatte, so glühten nun seine Augen in einer zornigen Erregung; eine launig zu bezähmende Gereiztheit wühlte sein Wesen auf. Pius Pernegg fühlte, daß die Blicke des Sohnes feindlich auf ihm ruhten; der große, junge Mensch singt an, ihm unheimlich zu werden; er ging ihm, soviel er konnte, aus dem Wege.

Aber Alexander beobachtete ihn mit dem wachen Spürsinn eines Detektivs. Dinge, die ihm früher nie aufgefallen wären, bestärkten den gespannt forschenden in der Überzeugung, daß der Vater Vermögen besaß, nur für arm gelten wollte. Früher hatte Alexander wohl geglaubt, aus Sparsamkeit sammle der Alte jeden Umschlag der Briefe, die er bekam; nun durchschaute er auch den weiteren Grund: es sollte niemand den Aufdruck lesen. Als eine Pfandbriefverlösung ausgeschrieben war, hatte er einen Zettel neben sich liegen, den er rasch versteckte, als Alexander hinsah. Er befahl also wohl auch Wertpapiere, wahrscheinlich in eigener Verwahrung. Es sah ihm ähnlich, daß er in seinem Misstrauen sein Geld nicht gern einer Bank anvertraute. Auch das entging den schwarzen jungen Augen nicht, daß Pius, wenn die Zeitung kam, zuerst nach dem Börsenbericht schaute.

Er zweifelte gar nicht mehr: der Vater hatte sich ein Kapital zusammengehäuft! Ob er das wohl dem Rentamt ebenso verschwiegen wie der eigenen Familie? Es machte Alexander eine grausame Freude, zuweilen von Steuerhinterziehungen zu sprechen, die recht empfindlich gestrafft worden waren und er bemerkte, daß der Vater unruhig auf seinem Stuhl hin und her rutschte und sehr betroffen war.

Warum er wohl jeden Abend so angstlich die Zimmerfüßen versperrte? Immer verwies er noch

Die russische Hinziehungs-Taktik.

Paris, 1. Aug. Die Pariser Morgenblätter berichten, die Taktik der Sowjetregierung gebe, wie ein abgängiger Funkspruch beweise, darauf hinaus, die polnischen Delegierten seien am 4. August hinzugezogen, seit an diesem Tage wolle sie ihnen die Wasserflusssiedesmittel.

800 Todesurteile in Kowno.

Kopenhagen, 2. Aug. (Drohbericht.) Die "Vestlige Tidende" meldet aus Kowno, der Präsident des revolutionären Kriegsgerichts teilte der russischen Sowjetrepublik offiziell mit, daß sich die Anzahl der verhängten Todesurteile vom 2. Mai bis 6. Juni auf 800 beläuft. Hierzu wurden für Delikte 273, für gegenrevolutionäre Handlungen 35, für Verrat 38, für Aufstand 45, für Mord 29, für Verbrechen 42 und für dienstliche Vergehen 33 verhängt.

Das englisch-perzische Abkommen.

Paris, 2. Aug. Nach einer Meldung des "Temps" aus London veröffentlicht die Reuter-Agentur eine Erklärung aus deutscher Quelle, wonach das englisch-perzische Abkommen bis nach Genehmigung durch das persische Parlament außer Kraft setzt. Diese Entschließung sei getroffen worden nach Einverständnis zwischen dem persischen Ministerpräsidenten und dem neuen englischen Gesandten in Teheran.

Jugoslawien verlangt eine Adria konferenz.

Wien, 2. Aug. Wie aus Belgrad gemeldet wird, verlangt Jugoslawien "infolge Schertens der italienisch-jugoslawischen Verhandlungen vom Obersten Rat die Einberufung einer Adria konferenz.

Der Friede für die Türkei.

Paris, 2. Aug. Nach den "Echo de Paris" glaubt man, daß der türkische Friedensvertrag am Freitag unterzeichnet werden wird.

Ein Aufstand in Anatolien.

Amsterdam, 31. Juli. Die türkischen Nationalisten haben der "Times" aufzufallen in Sile in Nordosten Anatoliens einen Aufstand provoziert. Dort wurde die Garnison angegriffen. Einzelne Verstärkungen nahmen die Stadt wieder und hängten 12 Würdenträger auf. Der Aufstand breite sich bis zum Beirat Tokat aus, wo viele Häuser niedergebrannt wurden. Ein anderer Bericht lautet, daß die Stadt Sile durch einen Brand, der durch Artilleriefeuer verursacht worden war, in Flammen gelegt wurde.

Der italienische Botschafter beim Reichspräsidenten.

Berlin, 31. Juli. Bei dem Empfang des neuernannten italienischen Botschafters Dr. Martin durch den Reichspräsidenten, bei dem auch der Reichsminister des Auswärtigen Dr. Simons anwesen war, hielt der Botschafter eine Ansprache, in der er u. a. sagte:

In Erfüllung der mir durch das Vertrauen meines Herrschers und meiner Regierung anvertrauten Aufgabe werde ich alle Kraft einsetzen, um die Beziehungen zwischen unseren Ländern herzlich und fruchtbar zu gestalten. Mit Genußnahme darf ich namentlich die Tatsache erwähnen, daß unter allen Staatsmännern die Leute Italiens den Gedanken der europäischen Solidarität als erste klar ausgesprochen und vertreten haben.

Nach der Überreichung des Bealaubtaunus schreibens unterhält sich der Reichspräsident längere Zeit mit dem Botschafter und den Mitgliedern der italienischen Botschaft.

Zunahme der Erwerbslosen.

W. T. B. Berlin, 2. Aug. (Drohbericht.) Das Reichsarbeitssministerium teilt mit: Die Zahl der zu unterstützenden Erwerbslosen ist im Reiche infolge der ungünstigen allgemeinen Lage gewachsen. Nach amtlichen Feststellungen beträgt die Zahl der männlichen Erwerbslosen am 15. Juli 262 989, die der weiblichen Erwerbslosen 91 154, insgesamt 357 143 gegen 321 126 Ende Juni und 297 185 am 15. Juni 1920. Zu den eigentlichen Erwerbslosen kommen 328 297 Familieneinköpfe, die als Aufschlagsempfänger unterstellt werden.

einige Minuten in dem streng gehüteten Raum, erlaubte nicht, daß jemand ihm folgte, ließ auch sein Faßtum, den Kästelberger, niemals allein in die "gemalte Stube". Alexander sagte sich: das muß ergründet werden. Eines Abends schützte er Kopftuch vor, um sich recht bald zurückziehen zu können, löschte auch gleich sein Licht aus. Es war gar nicht schwer gewesen, an der alten Tür an seiner Kammer, an der überall Risse klafften, ein Guckloch zu erweitern, durch das man in das Nebenzimmer schauen konnte, ohne daß es auffiel. Der Vater kam mit seiner Lampe. Alexander lauerte hinter seiner Tür und betrachtete seine Bewegungen. Der alte Sekretär aus Mahagoniholz, der ihnen, als sie Kinder waren, immer große Neugier entgegnete, weil sich eine Klappe herabzuladen ließ und im Innern eine Menge kleiner Schubladen waren, fiel gerade in seinen Schuhkreis. Auf diesen Schritt Pius zu, rüttelte an dem Schloß, kniete nieder, zog einen Schlüssel aus der Tasche, überzeugte sich, daß auch das untere Fach wohl versperrt sei, strich, wie um ein geliebtes Wesen, um den Schrank herum, von dem er sich offenbar kaum loszureißen vermochte. Also hier verwahrte er seine heimlichen Schätze! Zum erstenmal fiel es Alexander auf, wie beleidigend es doch für ihn sei, daß der Vater auch die Türe, die zu seiner Schlafräume führte, zusperrte. Hier konnte doch kein Einbrecher durchkommen. Ja, wenn irgend jemand stehlen wollte, so wäre doch der Sohn in der Nähe gewesen als der beste Beschützer! Er mißtraute also auch ihm.

Sein Groß auf den Vater wuchs, je mehr er die Täuschung durchschaute, der sie alle zum Opfer gefallen waren. Ein armer Mann braucht sich nicht so ängstlich vor Dieben zu fürchten! Der Vater hatte wohl schon Geld geerbt und wollte nur immer mehr zusammenrufen, ohne sich und den Seinen das Geringste zu vergönnen.

Solange die fanatische Sparsamkeit ihrer Lebensführung noch von der Vernunft geboten schien, hatte der junge Mensch wohl gegen das Schicksal gewurzt,

Wiesbadener Nachrichten.

— Zur Milchverteilung. Der Magistrat legt zwecks Auflösung des Publikums Wert darauf, seitensstellen, daß an eine Freigabe der Milchverteilung an die Milchproduzenten vorerst nicht zu denken ist, da es wohl in der Hauptsache darauf ankommt, daß sämtliche Versorgungsberechtigte auch tatsächlich die ihnen zugeschriebenen Milchmengen erhalten. Eine Freigabe der Milchverteilung an die Produzenten oder Händler verbietet die Erinnerung weiter Kreise an die hierfür vor Übernahme der Verteilung durch das städtische Milchamt herrschenden Zustände.

— Veränderliche Hundstage. Wie so oft, so sind auch in diesem bisher normal warmen Sommer die Hundstage leineswegs durch besondere Hitze ausgesetzt. Seit ihrem Beginn am 23. Juli ist es im Gegenteil wesentlich kühler geworden, und 20 Grad Wärme sind in der vergangenen Woche auch bei uns nicht mehr erheblich überschritten worden. Immerhin ist bei uns der Witterungscharakter im allgemeinen sommerlich geblieben, wogegen sowohl an der Nord- und Ostseeküste wie im äußersten Osten und Süden des Landes die Wetterlage zeitweilig sehr ungünstig war. Räumlich im Alpenvorland, in Südbayern, was es um die Mitte der Woche schon herbstlich fällt; so hatte bei tagelangem Landregen München seitlich mittags nicht mehr als 10 Grad Wärme.

— Bäderinnung Wiesbaden. Am Donnerstag, den 29. Juli, hielt die Bäderinnung Wiesbaden im "Deutschen Hof" ihre vom Obermeister Sander geleitete ordentliche Generalversammlung ab. Der im Druck vorliegende Jahresbericht umfaßt die letzten 5 Jahre und enthält gewissermaßen die Kriegschronik der Bäderinnung Wiesbaden. Den Bericht über den in Berlin stattgefundenen Zentralverbandstag erläuterte Herr Scheffel. Die Zwangsbewirtschaftung des Broitzetriedes löste nach Mitteilung der Handwerkskammer Berlin das Reich etwa 44 bis 5 Milliarden Mark. Besonderer Wert legte Herr Scheffel darauf, daß unbedingt der Einrichtung der Lebendhaltung, besonders in den nächsten Jahren, folge geleistet werden müsse, da sonst die jetzt schon übergroße Anzahl hellenloser Gehilfen noch mehr vergrößert würde. Den breitesten Raum und erregte Debatte rief die Verteilung der Mehlzulieferung sowie die Verbot der Herstellung von Weißgebäck hervor. Einstimig war die Versammlung der Ansicht, daß es unbedingte Anlage der maßgebenden Stelle sei, die Bäder mehr in Schuh zu nehmen gegen die ungetreuen Angriffe über die schlechte Bekleidung des Brotes, für die doch in keiner Weise die Bäder verantwortlich gemacht werden können, so lange ein verartiges Material geliefert wird. Die Kohlenlieferung wurde als eine zu geringe bezeichnet. Andere Städte sowie auch der Landkreis würden besser beliefern. Wenn die Zuteilung so bestehen bleibt wie jetzt, so läge die Gefahr nahe, daß in einigen Monaten die Herstellung des Brotes durch Mangel an Brennmaterial gefährdet würde.

— Richtigste Vorbrücke für die Zolldeklaration. Es wird vielfach versucht, für die Zollbehandlung andere Declarationen zu verwenden als solche, die von der Zollverwaltung geliefert werden. Gemäß Artikel 29 der Zollliegungsverordnung zum Zollgesetz dürfen andere Declarationsformulare als die von der Zollverwaltung abgegebenen für die Zollabfertigung nicht benutzt werden. Somit macht sich derjenige der eine derartige Declaration zur Anmeldung von Waren dem Zollamt absichtlich einer Zuwiderhandlung im Sinne von Art. 58 des Zollgesetzes schuldig und kann daher mit einer Ordnungsbüro belegt werden.

— Ein neuer technischer Betriebszweig der Telegraphenverwaltung. Die ständig wachsende Ausdehnung der Funkeinrichtungen und die Einführung der Hochfrequenztelegraphie und -Telephonie auf Leitungen in der Reichstelegraphenverwaltung verlangt einen Stamm technisch ausgebildeter Beamten, die in der Wirkungsweise der hochfrequenztechnischen Einrichtungen und in den ihnen zugrunde liegenden postfizialischen Vorhaben gründlich ausgebildet sind. Zu diesem Zweck hat das Reichspostministerium den zentralen Lehrgruppe beim Funkbetriebsamt eingerichtet, in denen fachkundiges Lehrpersonal an der Hand von Musterapparaten und sonstigen Lehrmitteln den Unterricht erteilt. An der Ausbildung nehmen im Wechsel höhere und mittlere Beamte der Reichstelegraphenverwaltung teil, die sich nach Neigung und Bekleidung für diesen neuen Dienstzweck einrichten. Die Kurse sind mit Belehrungen der Großfunkstellen, der Hochfrequenzbetriebsanlagen der Reichstelegraphenverwaltung und der funktelegraphischen Industrieanwendungen in Berlin und Umgebung unter Leitung einer Anwärter für den höheren und mittleren Telegraphendienst von vornehmesten in der Hochfrequenztechnik in derselben Weise wie für die übrigen Zweige des Telegraphen- und Fernsprechdienstes ausgebildet werden.

— Keine Verbilligung der Postämter für Druckfach- und Ansichtspostkarten. Der Hauptvorstand des Deutschen Buchdruckervereins hatte kürzlich eine Eingabe an das

aber sich in das Unvermeidliche gefügt. Nun brachten ihn die Leidensmiene der Mutter, das verblaßte traurige Gesicht der Schwester fast zur Raserei. Nun mußte er einmal reden, Rechenschaft fordern, warum er nichts anderes hatte werden dürfen als Angestellter bei der Firma Jadors; nun sollte dieser grausame Komödie, an die sie alle glaubten, ein Ende gemacht werden! Vorher aber galt es, sich zu überzeugen, ob seine wohlgegründeten Vermutungen auch richtig seien; zu wissen, was in dem Sekretär lag.

Einmal, als die "gemalte Stube" offen stand und der Vater nicht im Wege war, schaute er sich das Schloß an dem alten Schrank an, von dem der Vater jeden Abend wie von einem geliebten Wesen Abschied nahm. Er lachte laut vor sich hin. Wie das dem Geizigen wieder ähnlich lag! Trotz alles Misstrauens hatte ihn das Geld gereut, sich ein gutes englisches Schloß anzuschaffen! Der nächstbeste Schlüssel konnte dieses Schloß öffnen.

Als Junge von vierzehn und fünfzehn Jahren war Alexander ein eifriger Sammler von alten Sachen gewesen, hatte auf dem Speicher allerlei Trödel gefunden und sogar einmal heimlich bei einem fremden Altenhandel ein kunstgewerbliches Beschläge verkaufen, das ganz verrostet da oben lag. Das erste Taschengeld, das er besessen hatte. Von seiner Sammlung mußten noch eine ganze Menge Schlüssel beisammen liegen. Zuerst freilich brauchte er einen Zugang zu dem in der Nacht verschlossenen Brunnzimmer. Das war sein Kunststück. Denn jeden Morgen, wenn der Vater die silberne Mutter Gottes, die Uhr mit den Amoretten in den Laden hinuntertrug, stellte er auch wieder die Schlüssel an die Türen, wahrscheinlich um die Täuschung aufrecht zu erhalten, daß seine Vorsicht nur diesen Wertgegenständen galt. Alexander lief, während der Vater im Geschäft war, zu einem Schlosser und ließ sich einen zweiten Schlüssel nachmachen. Abends war alles in bester Ordnung.

(Fortsetzung folgt.)

Verläufe

Privat-Verläufe

Käfer, d. Schäferhund, 3 Mon. alt. m. Stammb. u. Siedbaronita zu pf. Seerosenitz 9. Hb. 2.

Deutsche Schäferhunde im Alter von 6½. 4. 3 u. 2 Monaten, zu verl. Sonnenberg, Wiesbadener Straße 25, Seitenbau.

2 Hunde

zu verkaufen. F 2001

Emil Schrempp, Dierich, Rathausstraße 9. Telefon 522.

Kehrwieder zu verl. Rauenthaler Str. 23. Böd.

Häsin mit Jungen zu verl. Vorstr. 33. 2. r. Junge Buchsbähne pf. Habich, Weißdörfer 4. 1.

Dunkelbl. Tüpfel, sehr neu, zu verl. Müller, Moritzstraße 35. 3.

Eleg. w. Süderl. Kleid

Braunfeld) verl. billig Staiber, Göbenstraße 5. Hb.

Blau, Kost. leid. Bluse, eins. Bib.-Haustl. Blint. Mantel, gr. gestrickt. w. Bettl. gest. w. Bettl. Bücher u. versch. zu verl. Krell, Weißstraße 16. 1. r. Auszug. Militärkleid, neu, zu verl. Körner, Vorstraße 15. 2. r.

Covercoat - Paletot gr. Figur, gut erhalten, zu verkaufen. Reichert, Göbenstraße 10. Part.

Ulster, r. Wolle Gutawon, Brod zu verl. Wirth Mühlstraße 15. 2.

Ein fast neuer Gras mit Weite, mittl. Figur, ein gr. geb. Fahrrad zu verl. Wolf, Albrechtstraße 5. 2.

Sommerkleid gelb. Seiden-Blumen-Weite, mehrere weiße Hemden mit könig. Brustins. u. viele Krag. u. Manschetten billig zu verl. Heberer, Seerosenstraße 9. 3. St. rechts.

1 B. neue Auskleid. Gr. 44. 1 B. neue Schnürstiefel. Gr. 41. billig zu verl. Wollert, Kaiser-Friedrich-Ring 53. H. 3.

2 Paar Sattelblöcke, getragen, zu verl. Robita, Langallee 25.

Damen-Paletot mit Tuchins. (38/39). gr. Damen-Herbstkleid, Winter-blüte, bl. Kleid, Taftkleid (42) zu verl. Lünow, Adelheidstr. 12. 2.

Damaskus, mit 24 Sern. u. Kasten. m. 12 Sern. Wehmer, Körnerstr. 8.

Bettlcher Damast- u. Kissenbezüge, Handtücher, Tischdecken, mehrere Stickerdecken billig abzugeben.

Koch, Hermannstr. 13. Telefon 2705.

Eleg. Bettw. zu verl. Schmitz, Herderstr. 8. 3. r.

2 Damast-Überzüge, wie n. zu verl. Dörr, Seerosenstraße 1. 2.

2 Paar Portieren, in grün. Tuch u. Blümchen zu verl. Röh. Döster, Frankenstraße 25. 2.

Möbelstoff (Gobelins) sehr preiswert abzugeben bei Schneider, Retzstraße 20. 2.

Edt. handg. Smokra (8,75 × 5,25 m). blau. Farb. Blauh. zu verl. Delton, Aarstr. 48. Tel. 5044. Beicht. 11. 12.

Mandoline Gitarre, Laute, Röhre, Blaue v. Seibel, Johnstraße 34.

Neues elch. Schlafzim. mit großem Spiegelbord. preiswert zu verkaufen. M. Wehr.

Schokoladen - Haas. Wellstraße 37.

Mod. Schlafzim. Eine. Küchen-Eins. (Wisch) zu verl. Koller, Scharnhorststraße 19. Part.

Eleg. Schlafzim.

St. Spiegelbord mit w. Marmor, 1a. Eingaben. 2 Dauendeckebetten u. 4 Kissen preiswert zu verkaufen. Händler verbet.

Koch, Göbenstraße 29. Part. rechts.

Gut erh. Bett. Sprengel. Matr. 420 M. Blau. Gas. 50 M. Gas. 15. Heberungsmaschine. Obst. stelle. Bettete. Tücher. Kerosinof. 14. 1.

Schlund. Bett. Kast. u. Bettentörn, billig zu verkaufen. Laut. Wellstraße 20. Hb. 2.

zu verl. 1 komplettes

Schlafzimmer

gepolsterter Satt. Tische, Chaisel, Portieren, Gardinen, Trenn. Langallee 19. 1 St.

Zwei moderne

Schlafzimmer

neu, handgearb. mit Spiegelbord. zu verl. An- zischen ohne Kaufwans.

2 Stüh. Schreinermitz. Grünheim, Neugasse 38.

Bett mit Steuern. u. Bett. Deckbett u. Kissen zu verl. Kumpf, Blücherstraße 23. 4.

2 gute Federbetten zu verl. Stiftstraße 21. Gartenh. bei Petri.

Beddigrohr-Möbel

9 Sessel, 1 Tisch, Taschen- diwan, nussd.-p. Bilch- schrank bill. Frau Klein, Coulisstraße 3. 1.

3 zu verkaufen

Schlafzimmer

neu, handgearb. mit Spiegelbord. zu verl. An- zischen ohne Kaufwans.

2 Stüh. Schreinermitz. Grünheim, Neugasse 38.

Bett mit Steuern. u. Bett. Deckbett u. Kissen zu verl. Kumpf, Blücherstraße 23. 4.

2 gute Federbetten zu verl. Stiftstraße 21. Gartenh. bei Petri.

Beddigrohr-Möbel

9 Sessel, 1 Tisch, Taschen- diwan, nussd.-p. Bilch- schrank bill. Frau Klein, Coulisstraße 3. 1.

Mod.

Schlafzimmer

neu, handgearb. mit Spiegelbord. zu verl. An- zischen ohne Kaufwans.

2 Stüh. Schreinermitz. Grünheim, Neugasse 38.

Bett mit Steuern. u. Bett. Deckbett u. Kissen zu verl. Kumpf, Blücherstraße 23. 4.

2 gute Federbetten zu verl. Stiftstraße 21. Gartenh. bei Petri.

Beddigrohr-Möbel

9 Sessel, 1 Tisch, Taschen- diwan, nussd.-p. Bilch- schrank bill. Frau Klein, Coulisstraße 3. 1.

Bett mit Steuern. u. Bett. Deckbett u. Kissen zu verl. Kumpf, Blücherstraße 23. 4.

2 gute Federbetten zu verl. Stiftstraße 21. Gartenh. bei Petri.

Beddigrohr-Möbel

9 Sessel, 1 Tisch, Taschen- diwan, nussd.-p. Bilch- schrank bill. Frau Klein, Coulisstraße 3. 1.

Bett mit Steuern. u. Bett. Deckbett u. Kissen zu verl. Kumpf, Blücherstraße 23. 4.

2 gute Federbetten zu verl. Stiftstraße 21. Gartenh. bei Petri.

Beddigrohr-Möbel

9 Sessel, 1 Tisch, Taschen- diwan, nussd.-p. Bilch- schrank bill. Frau Klein, Coulisstraße 3. 1.

Bett mit Steuern. u. Bett. Deckbett u. Kissen zu verl. Kumpf, Blücherstraße 23. 4.

2 gute Federbetten zu verl. Stiftstraße 21. Gartenh. bei Petri.

Beddigrohr-Möbel

9 Sessel, 1 Tisch, Taschen- diwan, nussd.-p. Bilch- schrank bill. Frau Klein, Coulisstraße 3. 1.

Bett mit Steuern. u. Bett. Deckbett u. Kissen zu verl. Kumpf, Blücherstraße 23. 4.

2 gute Federbetten zu verl. Stiftstraße 21. Gartenh. bei Petri.

Beddigrohr-Möbel

9 Sessel, 1 Tisch, Taschen- diwan, nussd.-p. Bilch- schrank bill. Frau Klein, Coulisstraße 3. 1.

Bett mit Steuern. u. Bett. Deckbett u. Kissen zu verl. Kumpf, Blücherstraße 23. 4.

2 gute Federbetten zu verl. Stiftstraße 21. Gartenh. bei Petri.

Beddigrohr-Möbel

9 Sessel, 1 Tisch, Taschen- diwan, nussd.-p. Bilch- schrank bill. Frau Klein, Coulisstraße 3. 1.

Bett mit Steuern. u. Bett. Deckbett u. Kissen zu verl. Kumpf, Blücherstraße 23. 4.

2 gute Federbetten zu verl. Stiftstraße 21. Gartenh. bei Petri.

Beddigrohr-Möbel

9 Sessel, 1 Tisch, Taschen- diwan, nussd.-p. Bilch- schrank bill. Frau Klein, Coulisstraße 3. 1.

Bett mit Steuern. u. Bett. Deckbett u. Kissen zu verl. Kumpf, Blücherstraße 23. 4.

2 gute Federbetten zu verl. Stiftstraße 21. Gartenh. bei Petri.

Beddigrohr-Möbel

9 Sessel, 1 Tisch, Taschen- diwan, nussd.-p. Bilch- schrank bill. Frau Klein, Coulisstraße 3. 1.

Bett mit Steuern. u. Bett. Deckbett u. Kissen zu verl. Kumpf, Blücherstraße 23. 4.

2 gute Federbetten zu verl. Stiftstraße 21. Gartenh. bei Petri.

Beddigrohr-Möbel

9 Sessel, 1 Tisch, Taschen- diwan, nussd.-p. Bilch- schrank bill. Frau Klein, Coulisstraße 3. 1.

Bett mit Steuern. u. Bett. Deckbett u. Kissen zu verl. Kumpf, Blücherstraße 23. 4.

2 gute Federbetten zu verl. Stiftstraße 21. Gartenh. bei Petri.

Beddigrohr-Möbel

9 Sessel, 1 Tisch, Taschen- diwan, nussd.-p. Bilch- schrank bill. Frau Klein, Coulisstraße 3. 1.

Bett mit Steuern. u. Bett. Deckbett u. Kissen zu verl. Kumpf, Blücherstraße 23. 4.

2 gute Federbetten zu verl. Stiftstraße 21. Gartenh. bei Petri.

Beddigrohr-Möbel

9 Sessel, 1 Tisch, Taschen- diwan, nussd.-p. Bilch- schrank bill. Frau Klein, Coulisstraße 3. 1.

Bett mit Steuern. u. Bett. Deckbett u. Kissen zu verl. Kumpf, Blücherstraße 23. 4.

2 gute Federbetten zu verl. Stiftstraße 21. Gartenh. bei Petri.

Beddigrohr-Möbel

9 Sessel, 1 Tisch, Taschen- diwan, nussd.-p. Bilch- schrank bill. Frau Klein, Coulisstraße 3. 1.

Bett mit Steuern. u. Bett. Deckbett u. Kissen zu verl. Kumpf, Blücherstraße 23. 4.

2 gute Federbetten zu verl. Stiftstraße 21. Gartenh. bei Petri.

Beddigrohr-Möbel

9 Sessel, 1 Tisch, Taschen- diwan, nussd.-p. Bilch- schrank bill. Frau Klein, Coulisstraße 3. 1.

Bett mit Steuern. u. Bett. Deckbett u. Kissen zu verl. Kumpf, Blücherstraße 23. 4.

2 gute Federbetten zu verl. Stiftstraße 21. Gartenh. bei Petri.

Beddigrohr-Möbel

9 Sessel, 1 Tisch, Taschen- diwan, nussd.-p. Bilch- schrank bill. Frau Klein, Coulisstraße 3. 1.

Bett mit Steuern. u. Bett. Deckbett u. Kissen zu verl. Kumpf, Blücherstraße 23. 4.

2 gute Federbetten zu verl. Stiftstraße 21. Gartenh. bei Petri.

Beddigrohr-Möbel

9 Sessel, 1 Tisch, Taschen- diwan, nussd.-p. Bilch- schrank bill. Frau Klein, Coulisstraße 3. 1.

Bett mit Steuern. u. Bett. Deckbett u. Kissen zu verl. Kumpf, Blücherstraße 23. 4.

2 gute Federbetten zu verl. Stiftstraße 21. Gartenh. bei Petri.

Beddigrohr-Möbel

9 Sessel, 1 Tisch, Taschen- diwan, nussd.-p. Bilch- schrank bill. Frau Klein, Coulisstraße 3. 1.

Bett mit Steuern. u. Bett. Deckbett u. Kissen zu verl. Kumpf, Blücherstraße 23. 4.

2 gute Federbetten zu verl. Stiftstraße 21. Gartenh. bei Petri.

Beddigrohr-Möbel

9 Sessel, 1 Tisch, Taschen- diwan, nussd.-p. Bilch- schrank bill. Frau Klein, Coulisstraße 3. 1.

Bett mit Steuern. u. Bett. Deckbett u. Kissen zu verl. Kumpf, Blücher

